

jedes Jahr in der Woche des 21. März, dem „Internationalen Tag der Vereinten Nationen gegen Rassismus“, von „Interkulturellem Rat“ und „Gesicht zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland“ maßgeblich koordiniert wird.

6. Abgeordnete
Monika Lazar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Aktivitäten sind nach Kenntnis der Bundesregierung für die kommenden 24 Monate vom „Forum gegen Rassismus“ geplant?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 15. Mai 2007

Es ist geplant, die in der Antwort zu Frage 5 genannten Aktivitäten – vorbehaltlich anderweitiger Entscheidungen der Mitglieder des FgR – fortzusetzen. Das „Forum gegen Rassismus“ wird – wie in seiner „Arbeitsstruktur“ festgelegt – auch 2007 mindestens zweimal tagen. Für das kommende Jahr existiert noch keine Jahresplanung.

7. Abgeordnete
Monika Lazar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welcher Internetseite kann sich das Parlament über laufende und geplante Maßnahmen des „Forum gegen Rassismus“ jeweils aktuell informieren?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 15. Mai 2007

Eine gesonderte Internetseite des „Forums gegen Rassismus“ wird derzeit erarbeitet. Die betreffende Adresse wird lauten: www.forum-gegen-rassismus.de. Die Freischaltung ist für diesen Sommer geplant. Aktuelle Ausgaben der in der Antwort zu Frage 5 erwähnten „Infobriefe“ können derzeit u. a. im Internetangebot des „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ abgerufen werden (www.buendnis-toleranz.de).

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

8. Abgeordnete
Mechthild Dyckmans
(FDP)
- Wer hat nach Meinung der Bundesregierung die Gesetzgebungskompetenz für die Ausgestaltung des gerichtlichen Rechtsschutzes im Bereich des Jugendstrafvollzugs nach der Föderalismusreform, und wie begründet sie ihre Ansicht?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Alfred Hartenbach vom 11. Mai 2007

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die Gesetzgebungskompetenz für die Ausgestaltung des gerichtlichen Rechtsschutzes im Bereich des Jugendstrafvollzuges auch nach der Föderalismusreform beim Bund liegt. Gemäß Artikel 74 Abs. 1 Nr. 1 des Grundgesetzes bezieht sich die konkurrierende Gesetzgebung auf das gerichtliche Verfahren. Der Bund hat hiervon durch die Regelung des § 23 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz Gebrauch gemacht. In dem Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages vom 9. Januar 2007 (Robbe/Borhanian, Zur Reichweite der neuen Länderkompetenzen im Bereich der Gesetzgebung, S. 9 f.) wird eine gleichlautende Rechtsauffassung vertreten.

9. Abgeordnete
Mechthild Dyckmans
(FDP)
- Wenn die Bundesregierung die Ansicht vertritt, dass der Bundesgesetzgeber die Gesetzgebungskompetenz für die Ausgestaltung des gerichtlichen Rechtsschutzes im Bereich des Jugendstrafvollzuges hat, bis wann und mit welchem konkreten Inhalt wird die Bundesregierung einen Regelungsvorschlag entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (Urteil vom 31. Mai 2006, Az.: 2 BvR 1673/04; 2 BvR 2402/04) einbringen, um für den Jugendstrafvollzug die verfassungsrechtlich erforderlichen, auf die besonderen Anforderungen des Strafvollzugs an Jugendlichen zugeschnittenen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Alfred Hartenbach vom 11. Mai 2007

Im Bundesministerium der Justiz ist ein Gesetzentwurf erarbeitet worden, der u. a. die Ausgestaltung des gerichtlichen Rechtsschutzes im Bereich des Jugendstrafvollzuges zum Gegenstand hat und der an die Länder und Verbände zur Stellungnahme versandt wurde. Er soll dem Kabinett noch vor der Sommerpause zugeleitet werden. Welchen konkreten Inhalt er bei Kabinetttbefassung haben wird, kann vor Auswertung der Stellungnahmen nicht mitgeteilt werden.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

10. Abgeordnete
Susanne Jaffke
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass die Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG) im Rahmen eines Grundstückübertragungsvertrages vom 5. April 2007 27,2375 ha land- und forstwirtschaftlicher Fläche unentgeltlich an die Michael Succow Stiftung zum Schutz der Natur übertragen hat, und wenn ja,